lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
1.	Avacon Netz GmbH Watenstedter Weg 75 39229 Salzgitter		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
2.	Landesstraßenbaubehörde Regionalbereich Mitte Tessenowstraße 12 39114 Magdeburg	18.08.2021	Nach Prüfung der Unterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass für die LSBB keine Betroffenheit besteht. Die verkehrliche Erschließung des Planungsraums erfolgt über die Straße „An der Mittelheide“. Die Straße „An der Mittelheide“ ist bereits an die Bundesstraße (B) 1 angebunden. Es ergehen folgende Hinweise mit der Bitte um Beachtung und Berücksichtigung: Sollten Maßnahmen an der B 1 zur Anbindung der Photovoltaik-Anlage an das öffentliche Stromnetz erforderlich werden, so sind diese im Vorfeld bei der LSBB zu beantragen. Eine Verschmutzung der B 1 während der Bauphase darf nicht eintreten. Nicht zu vermeidende Verunreinigungen der Fahrbahn sind unverzüglich (wenn notwendig täglich) und ohne Aufforderung zu beseitigen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Für den Inhalt des Bebauungsplanes ergibt sich kein Abwägungsbedarf.
3.	Industrie- und Handelskammer Magdeburg Alter Markt 8 39104 Magdeburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
4.	Deutsche Telecom AG NL 1 Magdeburg RS SuN PF 2000 39096 Magdeburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
5.	Trinkwasser- und Abwasser- verband Genthin (TAV) Rathenower Heerstraße 25 39307 Genthin	28.08.2021	Gemäß Punkt 8.1 ist eine zentrale Trinkwasserversorgung und Abwasserbeseitigung nicht erforderlich. Das Trinkwassernetz des TAV Genthin ist nicht für Brandschutzzwecke ausgelegt. Die Sicherstellung der genannten Löschwassermenge ist durch das Trinkwassernetz nicht sichergestellt. Der Punkt 8.5 in der Begründung ist weiterhin falsch.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die Begründung wird unter 8.5 Brandschutz dahingehend korrigiert, dass die Löschwasserversorgung nicht über das Trinkwassernetz erfolgen kann.
6.	Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt Schamhorststraße 89 39576 Stendal	17.08.2021	Gegen die Planung und Durchführung der o. g. Maßnahme bestehen seitens des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVerGeo LSA) keine Bedenken. Grundsätzlich sind die Belange des LVerGeo LSA in folgenden Punkten betroffen: 1. Mit Verweis auf § 197 BauGB ist nach Abschluss des Aufstellungsverfahrens ein Exemplar (Kopie möglichst in digitaler	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Mit dem in Rede stehenden Bebauungsplan sollen die planerischen Voraussetzungen zur Errichtung von einer PV- Freiflächenanlage auf einer ca. 3,3 ha umfassenden ehemaligen Deponiefläche östlich des Roßdorfer Wegs geschaffen werden. Grundsätzliche Belange der oberen Immissionsschutzbehörde werden nicht berührt. Bei PV- Anlagen handelt es sich um immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftige Anlagen i.S. der §§ 22 ff. Bundes- Immissionsschutzgesetz (BImSchG). Zuständig für die Belange des Immissionsschutzes (z.B. Geräusche der Wechselrichter und Blendung durch die Oberflächen der Solarelemente) ist die untere Immissionsschutzbehörde (Landkreis Jerichower Land).</p> <p>Eine Ausnahme bilden die Transformatoren ab einer Nennspannung von 1.000 Volt, die als Niederfrequenzanlagen in den Anwendungsbereich der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV) fallen. Zuständig ist hier die obere Immissionsschutzbehörde (LVwA Sachsen- Anhalt). Schädliche Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder können bei Transformatoren von PV- Freiflächenanlagen zu meist ausgeschlossen werden, da der Einwirkungsbereich mit nur einem Meter um die Trafo- Einhausung eng begrenzt ist und somit keine Orte betroffen sind, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind. Zur Beurteilung der Geräusche reicht in der Regel die Angabe der Schallleistungspegel der Transformatoren aus.</p>	
8.	Landkreis Jerichower Land Postfach 11 31 39281 Burg	06.09.2021	I. Fachbereich Bau 1. Untere Bauaufsichtsbehörde Die Lage des Plangebiets ist durch Vermaßungen zu Grundstücksgrenzen zu definieren. Die Abmessungen der Grünflächen mit den Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (Nr. 5 und 6) sind anzugeben. Der Abstand, der sich daran orientierenden Baugrenzen, ist zu vermaßen. Die Festsetzung einer Grünfläche gemäß § 9 Absatz 1 Nr. 15 BauGB hat zur Folge, dass die Einbeziehung bei der Ermittlung der zulässigen Grundfläche nach §§ 19 und 20 Baunutzungsverordnung (BauNVO) nicht möglich ist (s. OVG Berlin Urt. Vom 19.10.2018 – OVG 2 A, LKV 2011, 280 = ZUR 2011, 328).	Zu I. Fachbereich Bau Zu I. 1 Untere Bauaufsichtsbehörde Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die Planzeichnung wurde redaktionell überarbeitet.

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Untere Landesentwicklungsbehörde Gemäß § 13 Abs. 1 Landesentwicklungsgesetz Sachsen-Anhalt (LentwG LSA) besteht die Verpflichtung, der obersten Landesentwicklungsbehörde (Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Referat 24) raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen möglichst frühzeitig mitzuteilen und alle dazu erforderlichen Auskünfte zu geben. Die Feststellung der Vereinbarkeit der o.g. Bauleitplanung mit den Zielen der Raumordnung erfolgt nach § 13 Abs. 2 LentwG LSA durch die gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LentwG LSA zuständige oberste Landesentwicklungsbehörde. Überdies ist eine Feststellung der obersten Landesentwicklungsbehörde mit Stellungnahme vom 13.08.2021 bereits erfolgt.</p> <p>2. Vorbeugender Brandschutz / Brandschutzdienststelle Die Stellungnahme wird nachgereicht.</p> <p>3. Untere Denkmalschutzbehörde Bodendenkmalschutz Nach dem derzeitigen Stand der Erkenntnisse ist von dem o.g. Vorhaben ein archäologisches Kulturdenkmal im Sinne des § 2 Denkmalschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (DenkmSchG LSA) betroffen. Es handelt sich dabei um einen bronzezeitlichen Einzelfund. Die o.g. Baumaßnahme führt zu erheblichen Eingriffen, Veränderungen und Beeinträchtigungen des archäologischen Kulturdenkmals. Gemäß § 1 und § 9 DenkmSchG LSA ist die Erhaltung des durch o. g. Baumaßnahme tangierten archäologischen Kulturdenkmals zu sichern (substanzielle Primärerhaltungspflicht). Dem Vorhaben kann dennoch zugestimmt werden, wenn gemäß § 14 Abs. 9 DenkmSchG LSA durch Nebenbestimmungen gewährleistet ist, dass das Kulturdenkmal in Form einer fachgerechten Dokumentation der Nachwelt erhalten bleibt (Sekundärerhaltungspflicht). Aus fachlicher Sicht ist eine archäologische Baubegleitung notwendig. Es empfiehlt sich, so frühzeitig wie möglich zur Klärung der archäologischen Notwendigkeiten Kontakt mit dem Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie aufzunehmen.</p>	<p>Zu I. 2. Vorbeugender Brandschutz / Brandschutzdienststelle</p> <p>Zu I. 3. Untere Denkmalschutzbehörde Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine bisher unberücksichtigten Belange vorgetragen. Die Begründung und der Umweltbericht enthalten bereits die Vorgaben zum Umgang mit dem archäologischen Kulturdenkmal. Ein Abwägungsbedarf besteht nicht.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Veränderungen bedürfen nach § 14 Abs. 1+2 DenkmSchG LSA der Genehmigung durch die zuständige Denkmalschutzbehörde. Der vollständig ausgefüllte Antrag auf Erteilung einer Genehmigung gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 1 DenkmSchG LSA ist bei der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Jerichower Land einzureichen (siehe Anlage).</p> <p>Der Beginn oder die Ausführung von Maßnahmen ohne Genehmigung oder die Nichteinhaltung von Bedingungen oder Auflagen stellen Ordnungswidrigkeiten dar und können entsprechend geahndet werden (§ 22 Abs. 1 Satz 4 und § 22 Abs. 2 DenkmSchG LSA).</p> <p>Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt mit Sitz in 06114 Halle, Richard-Wagner-Straße 9 ist ebenfalls als Träger öffentlicher Belange am Verfahren zu beteiligen.</p> <p>II. Fachbereich Umwelt 1. Sachgebiet Immissionsschutz- / Abfallbehörde Untere Immissionsschutzbehörde</p> <p>Die immissionsschutzrechtliche Stellungnahme vom 13. Oktober 2020 (Az.: 63 62- 2020-01616) hat weiterhin Bestand. Begründung: Die Änderung des räumlichen Geltungsbereiches (Zufahrt) wird anhand des zu erwartenden anlagenbezogenen Fahrzeugverkehrs (Fahrzeuggeräusche) als nicht immissionsrelevant eingeschätzt. Ergänzender Hinweis: Weiterhin verfügen Wechselrichter i.d.R. über eine temperaturgesteuerte aktive Kühlung. Diese verursachen z.T. temporär auffällig auftretende hochfrequente Töne, welche insbesondere in Tageszeiten mit erhöhter Empfindlichkeit zu Beeinträchtigungen führen können. Es wird entsprechend darauf hingewiesen, etwaige Lärmbeträchtigungen durch Wechselrichter im Rahmen der konkreten planerischen Lösung soweit technisch möglich auszuschließen (z.B. maximale Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen, hier: Büros des Technologie- und Gründerzentrum Jerichower Land GmbH).</p> <p>2. Sachgebiet Naturschutzbehörde Untere Naturschutzbehörde</p>	<p>Zu II. Fachbereich Umwelt Zu II. 1. Sachgebiet Immissionsschutz- / Abfallbehörde Untere Immissionsschutzbehörde</p> <p>Da sich die nächstgelegenen Wohnnutzungen in einem Abstand von 250 m zum Vorhabenstandort befinden, sind keine Lärmimmissionen zu erwarten.</p> <p>Zu II. 2. Sachgebiet Naturschutzbehörde Untere Naturschutzbehörde Die Stellungnahme wird berücksichtigt.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Das o.g. Vorhaben kann aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht noch nicht abschließend beurteilt werden. Diesbezüglich wird es als erforderlich angesehen, die folgenden Angaben bzw. Unterlagen in den Planungsunterlagen zu ergänzen, zu ändern bzw. zu konkretisieren, folgende Hinweise werden gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> ➤ Anstatt von 3 sind 5 Zauneidechsenhabitate zu errichten. <ul style="list-style-type: none"> • Der unteren Naturschutzbehörde (UNB) sind die exakten Standorte der geplanten Zauneidechsenhabitate als PDF-Datei zu übermitteln. • Die Quartiere sind im Vorfeld des Eingriffs und der Umsetzung der Zauneidechsen zu errichten. ➤ Der UNB sind die exakten Standorte der geplanten 10 Nistkästen für die Höhlenbrüter zu übermitteln, als PDF-sowie als shape-Datei. <ul style="list-style-type: none"> • Die Nistkästen sind im Vorfeld des Eingriffs anzubringen. • Eine Reinigung der Nistkästen hat alle 2 Jahre über einen Zeitraum von 10 Jahren ab Beginn des Eingriffs zu erfolgen. ➤ Als Ausgleich zum Verlust der Fortpflanzungs- und Lebensstätten der vorkommenden Boden- und Offenlandbrüter (Braunkehlchen, Wachtel, Feldschwirl etc.) sind 3 Blühstreifen einzurichten. <ul style="list-style-type: none"> • Als CEF-Maßnahme sind diese in einem räumlichen Zusammenhang herzustellen, d.h. die Entfernung zum Eingriffsstandort sollte nicht mehr als 500 m betragen. • Der UNB sind die exakten Standorte der geplanten Blühstreifen als PDF-Datei zu übermitteln. • Die Blühstreifen sind als randliche, lineare Grüninseln mit Einsaat blütenreicher Kräuter anzulegen. Die Mindestgröße eines Blühstreifens muss 50 m² betragen. • Es ist ausschließlich gebietseigenes und standortgerechtes Saatgut für die Blühstreifen zu verwenden. ➤ Es sind 5 Ersatzquartiere für Fledermäuse zu errichten. <ul style="list-style-type: none"> • Die Ersatzquartiere sind in geeigneter Höhe (d.h. 3- 5 m) und in einer südost-nordwestlichen Ausrichtung anzubringen. Der freie Anflug muss gewährleistet sein. Als geeigneter Standort kommt bspw. Der angrenzende Waldrand in Frage. 	<p>Es wird auf die Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde vom März 2022 verwiesen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<ul style="list-style-type: none"> • Der UNB sind die exakten Standorte der Fledermausquartiere zu übermitteln, als PDF- sowie als shape-Datei. • Die Anbringung der Ersatzquartiere muss im Vorfeld des Eingriffs durchgeführt werden. • Eine Reinigung der Ersatzquartiere hat alle 2 Jahre über einen Zeitraum von 10 Jahre ab Beginn des Eingriffs zu erfolgen. <p>➤ Als Ausgleich zum Verlust der Fortpflanzungs- und Lebensstätten der vorkommenden Gehölzbrüter (Neuntöter, Sperbergrasmücke, Bluthänfling etc.) sind 3 Gebüschgruppen zu errichten.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die Gebüschgruppen müssen mind. aus 4 heimischen Gehölzen bestehen. Es sind ausschließlich gebietseigene und standortgerechte Arten zu verwenden. • In Frage kommen wenig hochwachsende, heimische Gehölze wie Wildrose, Weißdorn, Pfaffenhütchen, Holunder etc. • Der UNB sind die exakten Standorte der Gebüschgruppen als PDF-Datei zu übermitteln. <p>➤ Die Flächenverfügbarkeiten für die Kompensationsmaßnahmen sind nachzuweisen bzw. zu sichern. Dies erfolgt i. d. R. als dingliche Sicherung in Form einer beschränkten persönlichen Dienstbarkeit nach den §§ 1090 bis 1093 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) oder einer Real-last nach § 1105 BGB.</p> <p>Begründung Gemäß §3 Abs. 1 und 2 Bundesnaturschutzgesetz (BnatSchG) i. V. m. §1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) obliegt dem Landkreis Jerichower Land als untere Naturschutzbehörde (UNB) die Ausführung des BnatSchG, NatSchG LSA und der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften, soweit durch gesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmt ist. Nach § 1 Abs. 3 NatSchG LSA haben die Naturschutzbehörden dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege eingehalten werden. Sie sind befugt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zur Durchführung dieser Vorschriften und zur Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft zu treffen.</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Laut § 18 Abs. 1 BnatSchG ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) zu entscheiden, wenn auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind. Entsprechend § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Dazu zählen u.a. die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und deren Wechselwirkungen untereinander. Gleichzeitig gilt für diese Verfahren gemäß § 1a Abs. 3 BauGB, dass die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach den §§ 14 – 17 BnatSchG anzuwenden ist.</p> <p>Anhand der vorgelegten Dokumente geht hervor, dass bei dem geplanten Vorgehen bezüglich der artenschutzrechtlichen Belange unter Durchführung der o.g. Nebenbestimmungen zusätzlich zu den im Umweltbericht bereits fortgeschriebenen Maßnahmen nicht mit Verletzungen der in § 44 Abs. 1 BnatSchG dargelegten Verbote zu rechnen ist.</p> <p>Entsprechend § 44 Abs. 1 BnatSchG ist es verboten,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, 2. wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten, während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der lokalen Population einer Art verschlechtert, 3. Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören, 4. wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören (Zugriffsverbote). <p>Die Hinzunahme von zwei zusätzlichen Zauneidechsenhabitaten resultiert aus dem Fakt, dass die im B-Plan genannte Anzahl der Ersatzhabitats lediglich die vorkommenden Zauneidechsen zu dem Zeitpunkt der Kartierung berücksichtigt. Zunächst ist die vorgefundene Anzahl der Zauneidechsen grundsätzlich mit einem Faktor von 10-20 zu multiplizieren,</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>um eine realistische Anzahl der Zauneidechsen vor Ort zu erhalten. Zusätzlich waren zum Zeitpunkt der Kartierung die Jungtiere noch nicht anwesend. Ebenso ist davon auszugehen, dass das Gebiet, in dem die Ersatzquartiere errichtet werden, bereits durch eine Zauneidechsenpopulation besiedelt wird. Diese Faktoren zusammen führen dazu, dass mindestens 5 Zauneidechsenquartiere errichtet werden müssen, bevor die Zauneidechsen umgesiedelt werden, um eine erfolgreiche Kompensationsmaßnahme umzusetzen, im Rahmen derer ein Überleben des Großteils der Zauneidechsenpopulation gesichert werden kann.</p> <p>Der ergänzenden Erläuterung zum AFB zum Umgang mit Zauneidechsen (vom 28.07.2021) kann nicht zugestimmt werden. Die darin beschriebenen Maßnahmen sind aus fachlicher Sicht nicht geeignet, das Tötungsrisiko der überwinterten Zauneidechsen zu vermeiden oder auszuschließen. Ein Überfahren einer ca. 4 t schweren Pfahlramme, welche einen Großteil der Fläche befährt, wird voraussichtlich trotz Kettenantrieb zu einer erheblichen Verdichtung des Bodens führen, welche insbesondere für die Zauneidechsen, die sich aufgrund der vorherrschenden Vegetation nicht ausreichend tief in den Boden gegraben haben, letale Folgen haben kann – entweder durch ein unmittelbares Zerquetschen der Tiere oder evtl. auch durch die daraus resultierende fehlende Möglichkeit, im Frühling durch den verdichteten Boden ins Freie zu gelangen.</p> <p>Von einer Wiederbesiedlung der Bodenbrüter des Solarparks kann nicht ohne Weiteres ausgegangen werden. Von Bodenbrütern besiedelte Solarparks werden häufig direkt in der Planung als solche vorgesehen, indem beispielsweise die Solarparkfläche mit Wildkräutern bepflanzt oder die Schattenwirkung der Module durch einen ausreichenden Abstand vermieden wird. In jedem Fall wird durch die großflächige Beschattung nach Abschluss des Vorhabens ein deutlich kleinerer Bereich für die Bodenbrüter als Lebens- und Fortpflanzungsstätte zur Verfügung stehen, entsprechend ist die zusätzliche Pflanzung der Blühstreifen notwendig, um den Lebensraum für die genannten Arten weiterhin im räumlichen und zeitlichen Kontext zu erhalten.</p> <p>Im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) wird unter Punkt „1.4. Relevanzprüfung“ erläutert, dass ein Vorkommen von Fledermäusen von vorneherein ausgeschlossen werden kann, da sich keine geeigneten Quartiere innerhalb des Geltungsbereiches befinden. Unter anderem in</p>	<p>Der Umweltbericht sowie die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung wurden hinsichtlich der Betroffenheit der Fledermäuse redaktionell überarbeitet. Zum Schutz der Tiere erfolgt als vorgezogene Ausgleichsmaßnahme (CEF-Maßnahme) im angrenzenden Wald die Anlage von 5 Fledermauskästen.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Punkt 4.2 wird jedoch eingeräumt, dass Ausgleichsmaßnahmen für die Höhlenbrüter erfolgen müssen, um den Verlust von Höhlenbäumen zu kompensieren (Umweltbericht Punkt 2.3.1.2. Avifauna). Entgegen der Aussage im saP, stellen Höhlenbäume jedoch ein geeignetes Quartier für Fledermäuse dar. Da keine Kartierung stattgefunden hat, muss im Rahmen des Worst-Case-Szenarios entsprechend von einem Vorkommen von Fledermäusen ausgegangen werden. Die o.g. Kompensationsmaßnahme wird zum Ausgleich des Verlustes der Lebens- und Fortpflanzungsstätte als notwendig erachtet, um die Verbotsgegenstände des § 44 Abs. 1 BnatSchG zu vermeiden.</p> <p>Nach naturschutzfachlicher Betrachtung des Eingriffsortes und dessen Umgebung musste festgestellt werden, dass nicht ausreichend Ausweichmöglichkeiten für die vorkommenden Gehölzbrüter vorhanden sind. Die Lage zwischen urbaner Struktur und Forst sowie die begründete Annahme, dass die vereinzelt Gehölze im Umfeld bereits durch andere Arten bzw. Individuen besiedelt sind, macht eine CEF-Maßnahme wie oben genannt unumgänglich, um den weiteren Erhalt der im Gebiet vorkommenden Gehölzbrüter zu sichern und die Tatbestände des § 44 Abs. 1 Nr. 3 BnatSchG zu umgehen.</p> <p>3. Sachgebiet Wasserbehörde Untere Wasserbehörde</p> <p>Aus wasserwirtschaftlicher und -rechtlicher Sicht bestehen zum o.g. Vorhaben keine Einwände oder Bedenken. Nachfolgende Hinweise sind jedoch zu beachten:</p> <p>Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Laut § 55 Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) soll Niederschlagswasser ortsnah versickert, verrieselt oder direkt oder über eine Kanalisation ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer eingeleitet werden, soweit dem weder wasserrechtliche noch sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften noch wasserwirtschaftliche Belange entgegenstehen. <p>Für die Beseitigung des Niederschlagswassers ist laut § 79 b Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt (WG LSA) anstelle der Gemeinde der Grundstückseigentümer verpflichtet, soweit nicht die Gemeinde den Anschluss an eine öffentliche Abwasseranlage und deren Benutzung vorschreibt oder ein gesammeltes Fortleiten erforderlich ist, um eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit zu verhüten.</p>	<p>Zu II. 3. Sachgebiet Wasserbehörde Untere Wasserbehörde</p> <p>Die Hinweise zum Schutzgut Wasser wurden im Umweltbericht unter 2.3.1.5 Auswirkungen auf das Schutzgut Wasser redaktionell ergänzt.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>2. Die mit der Einleitung von Niederschlagswasser in ein Gewässer (Grundwasser oder Oberflächengewässer) verbundene Gewässerbenutzung bedarf gemäß § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 und § 48 Abs. 1 WHG der wasserrechtlichen Erlaubnis. Diese ist entsprechend § 19 WG LSA bei der Wasserbehörde separat zu beantragen.</p> <p>3. Durch die Errichtung der Photovoltaik-Anlage kann es zu Veränderungen des Bewuchses auf Grund der Verschattung und des veränderten Wasserhaushaltes in diesem Bereich kommen.</p> <p>4. Maßnahmen, bei denen eine Benutzung von Gewässern nicht ausgeschlossen ist, insbesondere das Einbringen von Stoffen, die auswaschbare oder auslaugbare schädliche Substanzen enthalten, sind entsprechend § 5 WHG generell auszuschließen.</p> <p>5. Während der Bauphase ist ein sorgsamer Umgang mit wasser- und bodengefährdenden Stoffen zu gewährleisten, um negative Auswirkungen auf Boden und Wasser auszuschließen.</p> <p>6. Sollten bei Tiefbauarbeiten Grundwasserabsenkungen notwendig werden, sind diese gemäß §§ 8 und 9 Abs. 2 Nr. 1 WHG bei der unteren Wasserbehörde zu beantragen bzw. anzuzeigen.</p> <p>4. Untere Bodenschutzbehörde Aus bodenschutzrechtlicher Sicht bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Einwände oder Bedenken. Nachfolgende Hinweise sind jedoch zu beachten: Hinweise: 1. Im Bereich der o.g. Flächen befinden sich nach derzeitigem Kenntnisstand keine Altlastverdachts- oder Altlastflächen. 2. Werden Eingriffe in das Schutzgut Boden vorgenommen, durch die eine zusätzliche Versiegelung des Schutzgutes Boden erfolgt, ist ein Ausgleich oder eine Kompensation durchzuführen. Die Ausgleichs- oder Kompensationsmaßnahmen für das Schutzgut Boden sollten bodenfunktionsbezogen erfolgen, da auch vorrangig das Schutzgut Boden beeinträchtigt wird. Hier sollten z.B. Entsiegelungen, Rückbau von Altanlagen, Rekultivierung von Altablagerungen, Schadstoffbeseitigungen im Boden oder die Wiederherstellung von natürlichen Bodenfunktionen als Ausgleichsmaßnahme vorrangig betrachtet werden.</p>	<p>Zu II. 4. Untere Bodenschutzbehörde Es werden keine unberücksichtigten Belange vorgebracht. Für den Inhalt des Bebauungsplanes ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Nur wenn keine der vorgenannten bodenfunktionsbezogenen Maßnahmen möglich sind, kann auch eine andere Kompensationsmaßnahme (z.B. Ersatzpflanzungen) vorgenommen werden.</p> <p>3. Eine weitere Beteiligung im Verfahren ist erforderlich, wenn die Planung inhaltlich geändert wird.</p> <p>III. Fachbereich Ordnung</p> <p>1. Untere Straßenverkehrsbehörde Für den Bau der Erschließungsstraße ist vor der Bauausführung durch den bauausführenden Betrieb eine verkehrsrechtliche Anordnung gemäß § 45 Abs. 6 Straßenverkehrsordnung (StVO) mindestens zehn Arbeitstage vor Baubeginn einzuholen. Da sich die künftige Erschließungsstraße, die an die Straße „An der Mittelheide“ angebunden werden soll, außerorts befindet, ist für die verkehrsrechtliche Anordnung der Landkreis als untere Straßenverkehrsbehörde zuständig.</p> <p>2. Sachgebiet Allgemeine Ordnungsaufgaben Die betreffende Fläche wurde anhand der zurzeit vorliegenden Unterlagen (Belastungskarten) und Erkenntnisse überprüft. Erkenntnisse über eine Belastung der Flächen mit Kampfmitteln konnten anhand dieser Unterlagen nicht gewonnen werden, so dass davon auszugehen ist, dass bei beabsichtigten Baumaßnahmen keine Kampfmittel aufgefunden werden. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass die beim Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt (KBD) vorliegenden Erkenntnisse einer ständigen Aktualisierung unterliegen und die Beurteilung von Flächen dadurch bei künftigen Anfragen ggf. von den bislang getroffenen Einschätzungen abweichen kann. Ungeachtet dessen mache ich nach wie vor darauf aufmerksam, dass Kampfmittelfunde jeglicher Art generell niemals ganz ausgeschlossen werden können. Insoweit bestehen vorbehaltlich der o.a. Ausführungen aus meiner Sicht keine Bedenken gegen eventuell zu einem späteren Zeitpunkt geplante erdeingreifende Maßnahmen.</p> <p>3. Gebäude- und Liegenschaftsmanagement Es bestehen keine Bedenken oder Einwände. Planungen, Vorhaben und Belange des Gebäude- und Liegenschaftsmanage-</p>	<p>Zu III. 1.-3. Fachbereich Ordnung Es werden keine unberücksichtigten Belange vorgebracht. Für den Inhalt des Bebauungsplanes ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		xx.02.2022	<p>ments in der Funktion der Wahrnehmung der Baulastträgerschaft für das Kreisstraßennetz des Landkreises Jerichower Land werden nicht berührt.</p> <p>Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften.</p> <p>Stellungnahme Naturschutz Das Büro Siedlung und Landschaft, Dipl.-Ing. Jörg Ludloff, Bahnhofstraße 15, 15926 Luckau hat dem Landkreis Jerichower Land im Auftrag der Sunfarming GmbH mit E-Mail vom 18. November 2021 die Ergänzung zum Konzept für die Umsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zum Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan „Solarpark Alte Deponie“ Genthin mit der Bitte um Prüfung bzw. Zustimmung übersandt. Nach Prüfung wird wie folgt Stellung genommen.</p> <p>Fachbereich Umwelt Untere Naturschutzbehörde Das o.g. Vorhaben kann aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht noch nicht abschließend beurteilt werden. Diesbezüglich wird es als erforderlich angesehen, die folgenden Angaben bzw. Unterlagen in den Planungsunterlagen zu ergänzen, zu ändern bzw. zu konkretisieren, folgende Hinweise werden gegeben:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die geplanten Blühflächen sind in einer zusammenhängenden Fläche an der Westseite des Geltungsbereiches des B-Planes, abseits von bereits bestehenden Ruderalflächen zu beplanen. Hier ist auch eine dezidierte Maßnahmenplanung vorzunehmen (Bodenbearbeitung, Mahdregime, Saatgut usw.). • Es ist darzustellen, inwiefern die sämtlichen Artenschutzmaßnahmen rechtlich gesichert werden sollen. • Wie und wie oft wird die Fläche, welche mit PV bebaut werden soll, in Zukunft gepflegt? Wird gestaffelt auf der Fläche gemäht? <p>Begründung: Gemäß § 3 Abs. 1 und 2 Bundesnaturschutzgesetz (BnatSchG) i. V. m. § 1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) obliegt dem Landkreis Jerichower Land als untere Naturschutzbehörde (UNB) die</p>	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Ausführung des BnatSchG, NatSchG LSA und der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften, soweit durch gesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmt ist. Nach § 1 Abs. 3 NatSchG LSA haben die Naturschutzbehörden dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege eingehalten werden. Sie sind befugt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zur Durchführung dieser Vorschriften und zur Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft zu treffen.</p> <p>Laut § 18 Abs. 1 BnatSchG ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) zu entscheiden, wenn auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind. Entsprechend § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Dazu zählen u. a. die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und deren Wechselwirkungen untereinander.</p> <p>Gleichzeitig gilt für diese Verfahren gemäß § 1a Abs. 3 BauGB, dass die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach den §§ 14 – 17 BnatSchG anzuwenden ist.</p> <p>Das mit der o. g. Planung verbundene Bauvorhaben ist nach Art und im vorgesehenen Umfang gemäß § 14 BnatSchG i. V. m. § 6 NatSchG LSA als Eingriff in Natur und Landschaft zu betrachten.</p> <p>Es zieht wesentliche Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen nach sich.</p> <p>Die Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushaltes sowie das Landschaftsbild durch die genannten Maßnahmen erheblich beeinträchtigt.</p> <p>Gemäß § 15 Abs. 1 BnatSchG ist der Eingriffsverursacher verpflichtet, vermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu unterlassen. Eine Beeinträchtigung gilt dann als vermeidbar, wenn zumutbare Alternativen gegeben sind. Somit kann das Ausmaß der Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft vermindert werden. Laut § 15 Abs. 2 BnatSchG ist der Eingriffsverursacher weiterhin verpflichtet, unvermeidbare Beeinträchtigungen durch Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu kompensieren. Die Kompensationsmaßnahmen müssen geeignet sein, die beeinträchtigten und</p>	

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		xx.03.2022	<p>verlorengegangenen Funktionen des Naturhaushaltes in angemessener Art und Weise sowie zeitnah zu kompensieren und das Landschaftsbild landschaftsgerecht gestalten. Die Ermittlung des Kompensationsbedarfes erfolgte gemäß Bewertungsmodell Sachsen-Anhalt. Entsprechend § 15 Abs. 4 BnatSchG sind Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in dem jeweils erforderlichen Zeitraum zu unterhalten und rechtlich zu sichern. Nach § 40 Abs. 1 Nr. 4 BnatSchG sollen in der freien Natur Gehölze und Saatgut nur innerhalb ihrer Vorkommensgebiete ausgebracht werden.</p> <p>Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften.</p> <p>Stellungnahme Naturschutz</p> <p>Die SUNfarming GmbH – Büro Mitte, Teufelsbreite 26, 06779 Raguhn-Jeßnitz hat dem Landkreis Jerichower Land mit E-Mail vom 7. März 2022 die Ergänzung zum Konzept zur Umsetzung naturschutzrechtlicher Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen zum Aufstellungsverfahren des B-Plans „Solarpark Alte Deponie Genthin“ – Konzeptanpassung vom 04.03.2022 aufgrund der Verringerung der Modulbelegung auf der Deponiefläche des Planungsbüro Siedlung und Landschaft, Dipl.-Ing. Jörg Ludloff, Bahnhofstraße 15, 15926 Luckau, zur Prüfung durch die untere Naturschutzbehörde vorgelegt. Nach Prüfung wird aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde zur v.g. Konzeptanpassung wie folgt Stellung genommen.</p> <p>Fachbereich Umwelt Untere Naturschutzbehörde</p> <p>Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht bestehen gegen das o.g. Vorhaben keine Einwände oder Bedenken. Folgende Hinweise sind zu beachten:</p> <p>Hinweise:</p> <p>Informationspflichten der Gemeinden zur Führung des Kompensationsverzeichnisses der unteren Naturschutzbehörde nach dem § 18 Abs. 2 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA): Nach dem Runderlass des MLU vom 27.07.2005 zur Umsetzung der §§ 18 - 28 NatSchG LSA und Sicherung des nachhaltigen Erfolgs der durchgeführten Maßnahmen (RdErl. Informationspflichten) haben die Gemeinden gegenüber dem Landkreis als UNB Informationspflichten. Die unter Punkt 5.1 a-j und unter Berücksichtigung von Punkt 5.2</p>	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
		16.09.2021	<p>genannten Informationen sind in der entsprechenden Reihenfolge der UNB unter Beachtung der Fristen nach Bekanntmachung des B-Plans in geeigneter Weise zu übermitteln.</p> <p>Begründung: Tatsächliche und rechtliche Gründe Gemäß §3 Abs. 1 und 2 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) i.V.m. §1 Abs. 1 Nr. 3 und Abs. 2 Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (NatSchG LSA) obliegt dem Landkreis Jerichower Land als untere Naturschutzbehörde (UNB) die Ausführung des BNatSchG, NatSchG LSA und der aufgrund dieser Gesetze erlassenen Rechtsvorschriften, soweit durch gesetzliche Regelungen nichts anderes bestimmt ist. Nach § 1 Abs. 3 NatSchG LSA haben die Naturschutzbehörden dafür Sorge zu tragen, dass die Vorschriften des Rechts des Naturschutzes und der Landschaftspflege eingehalten werden. Sie sind befugt, die im Einzelfall erforderlichen Maßnahmen und Anordnungen zur Durchführung dieser Vorschriften und zur Abwehr von Gefahren für Natur und Landschaft zu treffen. Laut § 18 Abs. 1 BNatSchG ist über die Vermeidung, den Ausgleich und den Ersatz nach den Vorschriften des Baugesetzbuches (BauGB) zu entscheiden, wenn auf Grund der Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Bauleitplänen oder von Satzungen nach §34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 BauGB Eingriffe in Natur und Landschaft zu erwarten sind. Entsprechend §1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB sind bei der Aufstellung von Bauleitplänen die Belange des Umweltschutzes, einschließlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu berücksichtigen. Dazu zählen u.a. die Schutzgüter Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und deren Wechselwirkungen untereinander. Gleichzeitig gilt für diese Verfahren gemäß §1a Abs. 3 BauGB, dass die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung nach den §§ 14 – 17 BNatSchG anzuwenden ist. Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften.</p> <p>Fachbereich Bau Vorbeugender Brandschutz / Brandschutzdienststelle Gegen die o.g. Maßnahme bestehen grundsätzlich keine Bedenken. Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Genehmigung, Planfeststellung oder sonstige behördliche Entscheidungen entsprechend den Rechtsvorschriften.</p>	<p>Zu Fachbereich Bau Vorbeugender Brandschutz / Brandschutzdienststelle Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
9.	Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt Postfach 156 06035 Halle / Saale	06.09.2021	<p>Durch die zuständigen Fachdezernate der Bereiche Geologie und Bergbau des LAGB erfolgten Prüfungen zur o.g. Planung, um Sie auf mögliche geologische / bergbauliche Beeinträchtigungen hinweisen zu können. Aus den Bereichen Geologie und Bergwesen kann Ihnen folgendes mitgeteilt werden:</p> <p>Bergbau Für den vorliegenden Entwurf teilen wir ihnen mit: Bergbauliche Arbeiten oder Planungen, die den Maßgaben des Bundesberggesetzes unterliegen, werden durch das Vorhaben/die Planung nicht berührt. Hinweise auf mögliche Beeinträchtigungen durch umgegangenen Altbergbau liegen dem Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt für den Standort ebenfalls nicht vor.</p> <p>Geologie Ingenieurgeologie und Geotechnik: Zum Vorhaben es nach derzeitigen Erkenntnissen des LAGB aus ingenieurgeologischer Sicht keine Bedenken. Vom tieferen Untergrund ausgehende, geologisch bedingte Beeinträchtigungen der Geländeoberfläche sind uns hier nicht bekannt.</p> <p>Hydro- und Umweltgeologie: Aus hydrogeologischer Sicht bestehen beim derzeitigen Kenntnisstand (Umweltbericht und geotechnischer Erkundung) keine Bedenken gegen das Vorhaben. Die Gründung in einer nicht näher beschriebenen und analytisch nicht untersuchten künstlichen Aufschüttung (Deponie) sollte umweltanalytisch abgesichert werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine unberücksichtigten Belange vorgebracht. Für den Inhalt des Bebauungsplanes ergibt sich kein Abwägungsbedarf.</p>
10.	Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt Postfach 3653 39011 Magdeburg	13.08.2021	<p>Bereits zum Planungsstand des Vorentwurfes vom Juni 2020 des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes „Solarpark Alte Deponie Genthin“ habe ich mit der landesplanerischen Stellungnahme vom 05.10.2020 (Az. 24.21-20221/32-00300.1) festgestellt, dass diese raumbedeutsame Planung mit den Erfordernissen der Raumordnung vereinbar ist. Nach Prüfung der mir nunmehr zum Planungsstand des Entwurfes vom April 2021 vorgelegten Planfassung halte ich die Feststellung vom 05.10.2020 weiterhin aufrecht.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			<p>Hinweis zur Datensicherung</p> <p>Die oberste Landesentwicklungsbehörde führt gemäß § 16 LEntwG LSA das Raumordnungskataster (ROK) des Landes Sachsen-Anhalt. Die Erfassung aller in Kraft gesetzten Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen ist u.a. Bestandteil des ROK. Ich bitte Sie daher, mich von der Genehmigung/Bekanntmachung der o.g. Bauleitpläne und städtebaulichen Satzungen durch Übergabe einer Kopie der Bekanntmachung und der in Kraft getretenen Planung einschließlich der Planbegründung in Kenntnis zu setzen.</p> <p>Anlage: Rechtsgrundlagen</p>	
11.	<p>Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg Julius-bremer-Straße 10 39104 Magdeburg</p>	25.08.2021	<p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg (RPM) nimmt gemäß § 2 Abs. 4 in Verbindung mit § 21 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vom 23. April 2015 für ihre Mitglieder, zu denen der Landkreis Börde, der Landkreis Jerichower Land, die Landeshauptstadt Magdeburg sowie der Salzlandkreis gehören, die Aufgabe der Regionalplanung wahr.</p> <p>Die Regionalversammlung hat am 29.09.2020 den 2. Entwurf des Regionalen Entwicklungsplanes der Planungsregion Magdeburg mit Umweltbericht (Beschluss RV 07/2020) zur öffentlichen Auslegung und Trägerbeteiligung vom 16.11.2020 bis 18.12.2020 und vom 11.01.2021 bis 05.03.2021 beschlossen. Mit Beginn der öffentlichen Beteiligung gelten für das Gebiet der Planungsregion Magdeburg in Aufstellung befindliche Ziele der Raumordnung, die als sonstige Erfordernisse der Raumordnung gemäß § 4 Abs. 1, 2 ROG in Abwägungs- oder Ermessensentscheidungen und bei sonstigen Entscheidungen öffentlicher Stellen über die Zulässigkeit raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen sind.</p> <p>Bereits zum Planungsstand der o.g. Bauleitplanung vom Juni 2020 wurde mit der Stellungnahme zum Aktenzeichen 2020-00248 festgestellt, dass diese raumbedeutsame Planung mit den sonstigen Erfordernissen der Raumordnung des in Aufstellung befindlichen Regionalen Entwicklungsplanes vereinbar ist. Nach Prüfung der nunmehr zum aktuellen Planungsstand vorgelegten o.g. Bauleitplanung halte ich diese Feststellungen weiterhin aufrecht.</p> <p>Die Feststellung der Vereinbarkeit der o.g. Bauleitplanung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung erfolgt ge-</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
			mäß § 2 Abs. 2 Nr. 10 LEntwG LSA durch die oberste Landesentwicklungsbehörde im Rahmen der landesplanerischen Abstimmung in Form einer landesplanerischen Stellungnahme.	
12.	Amt für Landwirtschaft, Flurneueordnung und Forsten Altmark Sitz Stendal Akazienweg 25 39576 Stendal		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
13.	Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Otto-v.-Guericke-Str. 04 39104 Magdeburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
14.	Eisenbahn-Bundesamt PF 200460 06005 Halle (Saale)		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
15.	Deutsche Bahn AG Tröndlinring 3 04105 Leipzig	28.07.2021	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als für den Konzern DB AG und alle seine verbundenen Unternehmen bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit im Rahmen der TÖB-Beteiligung folgende Stellungnahme zu o. g. Thema. Von dem geplanten Verfahren haben wir Kenntnis genommen. Betroffenheiten zu unseren aktiven Bahnanlagen/Leitungen lassen sich hier (im Bereich östlich der Ortslage Genthin) nicht erkennen. Insofern gibt es unsererseits keine Einwände/Hinweise zu der geplanten Ausweisung/Nutzung.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf
16.	Unterhaltungsverband „Stremme / Fiener Bruch“ Meinigtenweg 14 39307 Genthin	27.07.2021	Der Unterhaltungsverband „Stremme/Fiener Bruch“ (UHV „SFB“) hat keine Einwände bezüglich des Bebauungsplans „Solarparks Alte Deponie Genthin“. Es sind keine Gewässer des UHV „SFB“ betroffen. Eine weitere Beteiligung des UHV „SFB“ an dem Verfahren ist nicht notwendig.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf
17.	Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Spree-Havel Brielower Landstraße 1 14772 Brandenburg a. d. Havel	02.08.2021	Zum jetzigen Zeitpunkt bestehen keine Einwände gegen den o.g. B-Plan. Das Eigentum der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes ist nicht betroffen. Zum o.g. B-Plan gibt es keine weiteren Bemerkungen oder Hinweise. Ich stimme dem Plan zu.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag																				
18.	GDMcom GmbH Maximilianallee 4 04129 Leipzig	27.07.2021	<p>Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1" data-bbox="790 316 1527 432"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th> <th>Hauptsitz</th> <th>Betroffenheit</th> <th>Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹</td> <td>Schweig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH ²</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH ³</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table> <p>¹ Die Ferngas Netzgesellschaft mbH („FG“) ist Eigentümer und Betreiber der Anlagen der früheren Ferngas Thüringen-Sachsen GmbH („FGT“), der Erdgasversorgungsgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (EVG) bzw. der Erdgastransportgesellschaft Thüringen-Sachsen mbH (ETG).</p> <p>² Wir weisen darauf hin, dass die Ihnen ggf. als Eigentümerin von Energieanlagen bekannte VNG – Verbundnetz Gas AG, Leipzig, im Zuge gesetzlicher Vorschriften zur Entflechtung vertikal integrierter Energieversorgungsunternehmen zum 01.03.2012 ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Netz“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die ONTRAS – VNG Gastransport GmbH (vormals: Ontras als ONTRAS Gastransport GmbH) und ihr Eigentum an den dem Geschäftsbereich „Speicher“ zuzuordnenden Energieanlagen auf die VNG Gasspeicher GmbH übertragen hat. Die VNG – Verbundnetz Gas AG ist damit nicht mehr Eigentümerin von Energieanlagen.</p> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind! Bitte prüfen Sie, ob der dargestellte Bereich, den Ihrer Anfrage enthält.</p> <p>Anlagen: Anhang <u>ONTRAS Gastransport GmbH</u> <u>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</u> <u>VNG Gasspeicher GmbH</u> <u>Erdgasspeicher Peissen GmbH</u></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben. Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen. Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - also mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p> <p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Bitte beachten Sie, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schweig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH ³	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf</p>
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																					
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) ¹	Schweig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
ONTRAS Gastransport GmbH ²	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
VNG Gasspeicher GmbH ³	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																					
19.	Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie Sachsen-Anhalt	16.08.2021	<p>Zu oben genanntem Vorhaben erhalten Sie aus Sicht des Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie (LDA) folgende</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>																				

Ifd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
	Richard-Wagner-Str. 9 06114 Halle		fachliche Stellungnahme zu archäologischen Belangen: Im Bereich des Vorhabens befindet sich gemäß § 2 DenkmSchG LSA ein archäologisches Kulturdenkmal. Es handelt sich um einen bronzezeitlichen Einzelfund. O. g. Baumaßnahme führt zu erheblichen Eingriffen, Veränderungen und Beeinträchtigungen des Kulturdenkmals. Gemäß § 1 und § 9 DenkmSchG LSA ist die Erhaltung des durch o. g. Baumaßnahme tangierten archäologischen Kulturdenkmals zu sichern (substanzielle Primärerhaltungspflicht). Dem Vorhaben kann dennoch zugestimmt werden, wenn gemäß § 14 (9) DenkmSchG LSA durch Nebenbestimmungen gewährleistet ist, dass das Kulturdenkmal in Form einer fachgerechten Dokumentation der Nachwelt erhalten bleibt (Sekundärerhaltungspflicht). Aus fachlicher Sicht ist eine archäologische Baubegleitung notwendig. Es empfiehlt sich, so frühzeitig wie möglich zur Klärung der archäologischen Notwendigkeiten Kontakt mit dem LDA aufzunehmen. Bitte betrachten Sie dieses Schreiben als Information, nicht als verwaltungsrechtlichen Bescheid. Ein Antrag auf denkmal-schutzrechtliche Genehmigung ist bei der zuständigen Denkmalschutzbehörde einzureichen.	Die Begründung und der Umweltbericht enthalten bereits entsprechende Ausführungen zum archäologischen Kulturdenkmal.
20.	Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt Flussbereich Genthin Heinigtenweg 14 39307 Genthin	29.07.2021	Gegen den o.g. Bebauungsplans bestehen aus Sicht des LHW, Flussbereich Genthin, keine Bedenken. Belange des Hochwasserschutzes und der Unterhaltung Gewässer 1. Ordnung werden nicht berührt. Diese Stellungnahme erfolgt als Träger öffentlicher Belange (TOB) in Eigenschaft des LHW als Betreiber und Eigentümer an Gewässern 1. Ordnung und wasserwirtschaftlichen Anlagen. Weitere Ausführungen im Rahmen wasserrechtlicher Verfahren bleiben ausdrücklich vorbehalten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
21.	Stadt Jerichow Karl-Liebknecht-Straße 10 39319 Jerichow	02.09.2021	Von Seiten der Einheitsgemeinde Stadt Jerichow bestehen keine Einwände zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Solarpark - Alte Deponie Genthin“ da von der o.g. Planung keine relevanten Belange der Stadt Jerichow berührt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es besteht kein Abwägungsbedarf.
22.	Nordzucker AG Küchenstr. 9 38100 Braunschweig		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
23.	Stadt Genthin Markplatz 3 39307 Genthin		Es liegt keine Stellungnahme vor.	

lfd. Nr.	Behörde und Sonstige Träger öffentlicher Belange	Datum der Stellungnahme	Wesentlicher Inhalt der Stellungnahme	Behandlung / Beschlussantrag
24.	BUND Sachsen-Anhalt Olvenstedter Straße 10 39108 Magdeburg		Es liegt keine Stellungnahme vor.	
25.	NABU Gartenweg 9 39317 Parey/Elbe	25.08.2021	<p>Im Auftrag des NABU Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. nimmt der Kreisverband Jerichower Land e.V. zu obigem Verfahren wie folgt Stellung:</p> <p>Grundsätzlich stehen wir dem Ausbau von Photovoltaikanlagen aufgeschlossen gegenüber. Ausschlaggebend ist aber insbesondere die Standortwahl, die oft die positiven Effekte der Nutzung von regenerativen Energiequellen in Frage stellt. Trotz der Ergänzung der Antragsunterlagen um den Umweltbericht, die Biotoptypenkartierung, die faunistische Kartierung und die spezielle artenschutzrechtliche Prüfung bleiben unsere Bedenken hinsichtlich der Standortwahl bestehen bzw. werden noch erhärtet.</p> <p>Der Verlust dieses Lebensraumtyps durch Überbauung ist nicht durch die Anbringung von Vogelkästen und einigen Zaunechsenquartieren zu kompensieren. Ausweichmöglichkeiten in die benachbarte Landschaft sind für einige Arten auch nicht möglich, da der Lebensraumtyp an sich schon selten ist. Die Vorhabenfläche wird, anders als in den Unterlagen dargestellt, für einige Arten nicht mehr als Brutplatz nutzbar sein. Stellvertretend seien hier Neuntöter, Ortolan, und Sperbergrasmücke genannt, die sich alle im Anhang I der VSchRL befinden.</p> <p>Aus unserer Sicht gehört das Vorhaben auf die unmittelbar angrenzende, schon mit Beton und Asphalt versiegelte Fläche. Aus diesem Grund lehnen wir das Vorhaben am derzeitigen Standort ab.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 2 EEG 2021 soll der Anteil erneuerbarer Energien bis zum Jahre 2030 mindestens 65 Prozent betragen. Vor dem Jahr 2050 soll der gesamte Strom, der im Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland einschließlich der deutschen ausschließlichen Wirtschaftszone (Bundesgebiet) erzeugt oder verbraucht wird, treibhausgasneutral erzeugt werden.</p> <p>Mit dem im April 2022 durch das Bundeskabinett verabschiedete „Osterpaket“ soll der Ausbau der erneuerbaren Energien beschleunigt werden. Die Nutzung der erneuerbaren Energien liegt demnach im besonderen öffentlichen Interesse. Mit dem vorliegenden vorhabenbezogenen Bebauungsplan wird dieser bundespolitischen Zielstellung entsprochen. Weitere Flächen, wie das sich anschließende versiegelte Areal, können bei zukünftigen Planungen zur Energieerzeugung berücksichtigt werden.</p>
26.	50Hertz Transmission GmbH Heidestraße 2 10557 Berlin	26.07.2021	<p>Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Versorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Es besteht kein Abwägungsbedarf.</p>